



DER WEG ZUM STAAT ISRAEL

Thomas Brechenmacher

AUF EINEN BLICK

- ▶ Bereits die antike und frühmittelalterliche Geschichte Palästinas ist gekennzeichnet von andauernd wechselnden Siedlungsformen, Landnahmen, Eroberungen, Migrationen und Herrschaftsformationen; sie ist eine Geschichte der Überlagerungen und Überschreibungen, eine Vielvölker- und Vielkulturengeschichte, aus der eine Vielfalt historisch lange nachwirkender Legitimationserzählungen entspringt.
- ▶ Im kollektiven Gedächtnis des Judentums verbanden sich religiöses Verheißungsnarrativ und messianische Erwartung zur Identitätskonstruktion eines überzeitlichen „jüdischen Volkes“. Die jahrhundertelangen Paria- und Leiderfahrungen der jüdischen Minderheit, in der vom Antijudaismus des Christentums geprägten Mehrheitsumgebung der europäischen Diaspora, trugen zur Verfestigung dieser Konstruktion entscheidend bei und hielten die Hoffnungen auf eine Rückkehr ins „Land der Väter“ wach.
- ▶ Auch wenn es einzelne jüdische Ansiedlungsversuche in Palästina bereits früher gab, flossen erst in der zionistischen Bewegung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Ideen einer jüdischen Selbstbefreiung vom Antisemitismus und das Paradigma des Nationalstaats in die Zielvision eines eigenen jüdischen Gemeinwesens in Palästina zusammen.
- ▶ Große Migrationsbewegungen, ausgelöst durch wiederholte Pogrome im Zarenreich seit Beginn der 1880er Jahre, führten vor allem osteuropäische jüdische Gruppen in mehreren Einwanderungswellen ins Land. Erste vorstaatliche Institutionen des sogenannten *Jischuw* entstanden seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts.
- ▶ Doch erst der Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft im Zuge des Ersten Weltkriegs und das britische Völkerbundsmandat veränderten die Situation fundamental. In der Balfour-Erklärung vom November 1917 sicherten die Briten den Juden die Gründung einer „Heimstatt“ in Palästina zu.
- ▶ Die uneindeutig-eigennützte, die arabische wie die jüdische Bevölkerung Palästinas dämpfende Politik der britischen Mandatsmacht verschärfte die Probleme in der Region. Unter dem Druck des arabischen Aufstands unterbanden die Briten seit 1939 nahezu jede jüdische Einwanderung und hielten diese Politik auch im Angesicht der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik während des Zweiten Weltkriegs rigoros aufrecht.
- ▶ Ohne ihr ordnungspolitisches Scheitern einzugestehen, überantworteten die Briten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Palästinafrage den Vereinten Nationen. In deren Teilungsplan vom November 1947 war neben einem jüdischen auch ein palästinensischer Staat vorgesehen. Allerdings akzeptierten die Palästinenser den Plan nicht und eröffneten den Krieg, der schließlich zur Gründung Israels durch die Unabhängigkeitserklärung vom Mai 1948 führte.
- ▶ Das israelisch-palästinensische Problem wird durch Beharren auf vermeintliche historische oder religiöse „Ansprüche“ auf das Heilige Land nicht zu lösen sein. Im Gegenteil: Politische Vernunft wird von beiden Seiten fordern müssen, von derartigen Legitimationen abzusehen und eingedenk der historischen Tragödien hier wie dort in gegenseitiger Anerkennung einen Neuanfang zu suchen.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Heiliges Land und Volk Israel in Antike und Mittelalter	4
2	Die Anfänge des modernen Zionismus	7
3	Die Folgen des Ersten Weltkriegs	9
4	Die Widersprüchlichkeit der britischen Mandats Herrschaft	10
5	Vom <i>Jischuw</i> zur Staatsgründung	13
	Fazit und Ausblick	16
	Literatur	19

1. HEILIGES LAND UND VOLK ISRAEL IN ANTIKE UND MITTELALTER

Das Gebiet an der südöstlichen Küste des Mittelmeers zwischen dem Gaza-Streifen und der Negev-Wüste im Süden, dem See Genezareth und den Golan-Höhen im Norden und dem Land jenseits des Flusses Jordan gehört zu den mit mythischen, religiösen, politischen Ideen und Ideologien am meisten aufgeladenen Regionen der Welt. Das nach römischen und byzantinischen Verwaltungseinheiten benannte „Palästina“ mit seinem Zentralort Jerusalem war und ist Brennpunkt der drei monotheistischen (abrahamitischen) Weltreligionen, aber seine Zivilisationsgeschichte reicht weit hinter die Entstehung dieser Religionen zurück. Reichtum wie Unübersichtlichkeit seiner Geschichte leisten einer Vielzahl legitimatorischer Ansprüche auf dieses Gebiet bis heute Vorschub und wirken wie ein beliebig mobilisierbares Sediment für den kriegerischen Konflikt zwischen Juden und Arabern, der seit mehr als hundert Jahren immer nur noch unversöhnlicher zu werden scheint.

Als religiös-mythische Quelle einer Landverheißung Gottes „vom Bach Ägyptens bis zu dem großen Strom, dem Euphratfluß,“¹ für sein auserwähltes Volk begreifen die Juden die als „Hebräische Bibel“ (christlich: „Altes Testament“) zusammengefassten Offenbarungs-, Gesetzes- und Prophetenbücher, in deren Zentrum das Buch Exodus mit dem Auszug aus Ägypten, dem Bundesschluss am Sinai und der Verkündung des Gesetzes steht. Historisch nachweisbar sind jüdische Stämme seit circa 1200 v. Chr., als im Zuge des Niedergangs des altägyptischen Reiches „Israeliten“ und – von der Küste her – (nichtjüdische) „Philister“ in die ägyptisch kontrollierten Siedlungsgebiete der „Kanaaniter“ einströmten.² Am Beginn des ersten vorchristlichen Jahrtausends etablierte sich ein judäisches Königtum unter David³, der zuerst in Hebron, später in Jerusalem seinen Sitz nahm. Zur Mitte des 10. Jahrhunderts v. Chr. hin scheint sich daraus eine Art Doppelherrschaftsstruktur (Israel und Juda) unter dem mythologisierten König Salomo⁴ entwickelt zu haben, die freilich bald zerbrach; die Schöpfungen der „davidischen Dynastie“ gerieten unter die Räder der sich nacheinander in den mittelmeerischen Raum hinein ausdehnenden Großreiche der Assyrer, Babylonier und Perser sowie der alexandrinisch-griechischen Expansion.

Nach dem Intermezzo der hellenisierten makkabäisch-hasmonäischen Herrschaft wurde Palästina 63 v. Chr. von den Römern eingenommen und als Vasallenstaat, der jüdische wie nichtjüdisch-griechische Gebiete unter den „Herodianern“ vereinigte, an das römische Reich angeschlossen. Die Herodianer begünstigten eine stark hellenischen und römischen Einflüssen verpflichtete Kultur, in der das sadduzäische Tempelpriestertum in eine Verwalterrolle für den jüdischen Teil Palästinas rückte. Der Aufstand jüdischer Gruppen gegen den römischen Hegemon seit 66 n. Chr., mit dem Ziel eines unabhängigen jüdischen Staates, eskalierte zu einem brutalen Krieg, an dessen Ende die Eroberung Jerusalems und die Zerstörung des zweiten Tempels (70 n. Chr.) stand. Dieser Akt, der jede Aussicht auf einen jüdischen Staat zerschlug, vor allem dann aber das weitere Unterdrückungs- und Vertreibungsgeschehen infolge des ebenso gescheiterten „zweiten jüdischen Aufstands“, des Bar Kochba-Aufstands zwischen 132 und 135 n. Chr., gelten als Beginn der europäischen Diasporageschichte des Judentums, wenngleich jüdisches Leben unter römischer Herrschaft in Palästina in begrenztem Maße weiterhin möglich war.

Die Zerstörungs- und Vertreibungserfahrungen des „jüdischen Kriegs“ und der daran anschließenden, gegen die römische Herrschaft gerichteten Aufstände brannten sich ebenso tief in das kollektive Gedächtnis des Judentums ein wie bereits die Zerstörung des ersten (salomonischen) Tempels bei der Eroberung Jerusalems durch die Babylonier 587/586 v. Chr. und die mit den babylonischen Eroberungen seit etwa 597 v. Chr. verbundenen Deportationen („babylonisches Exil“, bis etwa 520 v. Chr.)⁵ als erste Diasporaphase in der Geschichte des Judentums. „Diaspora“ (oder hebräisch *Galut*) und Exil bedeutete eine Existenz in der Zerstreuung, fern des verheißenen Landes und jenseits eigener Staatlichkeit. Der Tempel blieb zerstört, und Jerusalem wurde unter der Chiffre „Zion“ zum Symbol jüdischer Rückkehr- und Erlösungshoffnungen. In unterschiedlichsten Phasen und Regionen der jüdischen Diasporageschichte fand die Rückkehrerzählung, sei es in Verbindung mit messianischen Erwartungen einer Wiederherstellung der „natürlichen Ordnung“, sei es mit ins Eschatologische verweisenden Auferstehungsideen, wieder und wieder Belebung,⁶ mit größter Wirkung durch den sephardischen Dichter Jehuda ha-Levi im 12. Jahrhundert – dessen „Zionslieder“ im 20. Jahrhundert von dem Philosophen Franz Rosenzweig neu übersetzt und interpretiert wurden⁷ – oder im 16. Jahrhundert in der Lehre des Prager Religionsphilosophen und Rabbiners Jehuda Löw.



Jehuda ha-Levi, Fantasieplastik im Ralli Museum in Caesarea, Israel

Als Phänomen *sui generis* darf gelten, wie sich im kollektiven Gedächtnis des Judentums religiöses Verheißungsnarrativ und Heilserwartungen zu einer unverbrüchlichen Identitätskonstruktion eines überzeitlichen „jüdischen Volkes“ derart fest verbinden konnten, dass sie noch fast zweitausend Jahre nach dem Ende des zweiten Tempels – wenn dann auch unter sehr veränderten Bedingungen – mobilisierbar war. Zu dieser Verfestigung trugen die unausgesetzten Paria- und Leidenerfahrungen der jüdischen Minderheit in einer von den Antijudaismen der christlichen Lehre geprägten Mehrheitsumgebung entscheidend bei. In Palästina begannen diese Erfahrungen bereits mit der Etablierung des Christentums als Leitreligion, das als dem Judentum konkurrierender Monotheismus seit byzantinischer Zeit die heidnisch-polytheistischen Kulte verdrängte. Kaiser Justinian (527–565 n. Chr.) beendete offiziell die bis dahin noch praktizierte Duldung der jüdischen Religion in seinem Reich. Erst relativ spät – im 7. Jahrhundert mit der Eroberung Jerusalems durch die (umayyadischen) Araber 637 n. Chr. – erreichte schließlich der Islam Palästina und begründete seinen eigenen Anspruch auf die Heilige Stadt, hagiographisch symbolisiert durch die berühmte „nächtliche Himmelsreise“ des Propheten Mohammed, topographisch untermauert durch den seit dem Ende des 7. Jahrhunderts auf dem Tempelberg errichteten Felsendom.

So ist bereits die antike und frühmittelalterliche Geschichte Palästinas gekennzeichnet von andauernd wechselnden Siedlungsformen, Landnahmen, Eroberungen, Rückeroberungen, Migrationen und Herrschaftsformationen; es ist eine Geschichte der Überlagerungen und Überschreibungen, eine Vielvölker- und Vielkulturengeschichte. Aus ihr entspringt eine breite Varianz von Legitimationserzählungen, die nach dem Ende der babylonischen, persischen, hellenischen und römischen Kulturen in den Streit der Ansprüche der drei abrahamitisch-monothelistischen Religionen um die Weltregion ihres Ursprungs (Judentum, Christentum) oder um das Alleinstellungsmerkmal der Nachfolge (Christentum, Islam) mündete. Das Judentum verharrt dabei machtlos in seiner Zerstreuung; der christliche Reconquista-Versuch der mittelalterlichen Kreuzfahrer bleibt Intermezzo. Das „Heilige Land“ fällt im ausgehenden 13. Jahrhundert unter die Herrschaft der muslimischen Mamelucken und schließlich zu Beginn des 16. unter die der Osmanen. Gegliedert in verschiedene Verwaltungseinheiten sollte es im Verbund des Osmanischen Reiches bis zur Einnahme durch die Briten 1917 verbleiben.

2. DIE ANFÄNGE DES MODERNEN ZIONISMUS

Ansiedlungs- oder Landnahmeversuche einzelner, vor allem aus Osteuropa einwandernder jüdischer Gruppen in Palästina gab es bereits im 19. Jahrhundert. Das waren aber verstreute Siedlungen ohne definiertes Ziel. Um den Zionismus als Bewegung auf die Gründung eines jüdischen Gemeinwesens hin zu etablieren, bedurfte es des Zusammenspiels mehrerer, nicht unmittelbar miteinander zusammenhängender, jedoch in ihrer jeweiligen Dynamik sich potenzierender Motive: des, die gesamte politische Szenerie der europäischen Welt umformatierenden Paradigmas des Nationalstaates mit seiner Forderung nach Einheit von Territorium, Staat und „Volk“, eines speziell seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts dramatisch anwachsenden Antisemitismus sozioökonomisch-rassistischer Prägung, und der seit etwa der Jahrhundertmitte zunehmenden Destabilisierung des Osmanischen Reichs. In diesen Kontexten fand die alte jüdische Rückkehridee Aktualisierung durch charismatische und sendungsbewusste Persönlichkeiten, von denen der Wiener Journalist Theodor Herzl bis zu seinem frühen Tod 1904 die größte Gestaltungskraft entfaltete.

Als Pioniere zionistischen Denkens gelten der frühsozialistische Theoretiker Moses Hess (1812–1875), der russisch-jüdische Arzt und Publizist Leon Pinsker (1821–1891) und der Journalist Nathan Birnbaum (1864–1937). Angeregt von der nationalen Einigung Italiens, veröffentlichte Hess 1862 seine Schrift *Rom und Jerusalem*. Auf die, freilich noch nicht zur Gänze erreichte staatliche Einheit Italiens, so Hess, müsse auch die Lösung der jüdischen Frage als der dann „letzten“ Nationalitätenfrage folgen. Leon Pinsker verfasste sein Werk *Autoemanzipation* (1882) als Reaktion auf die Pogrome im Zarenreich, speziell in seiner Heimatstadt Odessa, die er als Ausdruck einer „judäophobischen“ Krankheit Europas diagnostizierte, gegen die wiederum nur eine Art selbstverursachte Auferstehung des jüdischen Volkes im Rahmen einer Nationalstaatsgründung helfen könne.

Eine „nationale Wiedergeburt des jüdischen Volkes in seinem Lande“ propagierte auch Nathan Birnbaum (1893) und reihte sich damit unter die ersten ein, die seit dem Anfang der 1890er Jahre mit dem Begriff des „Zionismus“ arbeiteten. Es war aber Theodor Herzl, dem es unter dem Eindruck des republikerschütternden französischen Dreyfus-Skandals gelang, eine Bewegungsdynamik zu entfachen. Dazu trug sein Buch über den *Judenstaat* (1896) ebenso bei wie der, die Reihe der zionistischen Kongresse eröffnende Basler Kongress von 1897 und überhaupt Herzls unablässige Reisediplomatie im Dienste der zionistischen Idee. Inwieweit zum „politischen Zionismus“ Herzlscher Couleur Elemente des Kolonialismus seiner Zeit gehörten – im Sinne eines Exports europäisch-bürgerlicher Ordnungsvorstellungen wie derjenigen der Nation in einen nicht-europäischen Kulturraum –, wird kontrovers diskutiert. Der entscheidende Unterschied zum Kolonialismus besteht darin, dass Palästina für Juden keineswegs ein „fremdes“ Territorium war und dass die Zionisten die Idee der Gründung einer Heimstadt (eben keiner „Kolonie“) keineswegs über den Weg der gewaltsamen Ausbeutung der arabischen Bevölkerung anstrebten.



Theodor Herzl, Jahr unbekannt

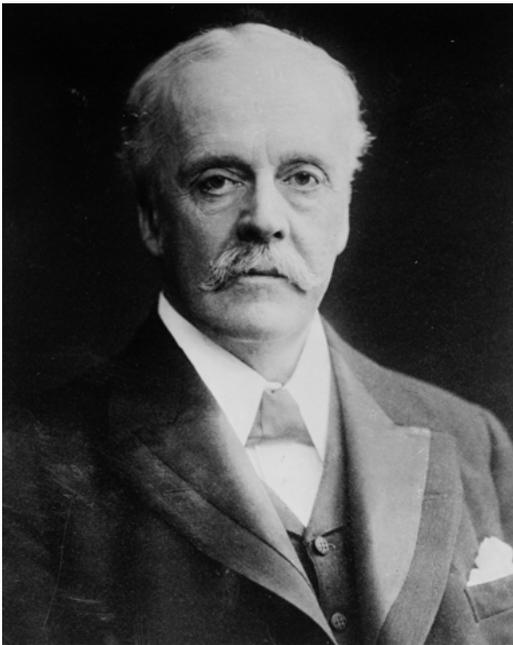
Vor dem Ersten Weltkrieg siedelten im Rahmen zweier Einwanderungswellen (*Alijot*) um die 85.000 osteuropäische Juden nach Palästina über; dies war aber nur eine Nebenbewegung der millionenfachen, durch die Pogrome im Zarenreich ausgelöste Migration seit den 1880er Jahren, deren Hauptstoßrichtung in die USA wies. Herzl versuchte seit 1896 vom finanziell angeschlagenen Osmanischen Reich ein autonomes Siedlungsgebiet zu kaufen, stieß damit aber beim Sultan auf massive Ablehnung. Je mehr sich die Chancenlosigkeit solcher Pläne abzeichnete – wie auch desjenigen eines deutschen Protektorats für Juden in Palästina –, war er bereit, auch alternativen Möglichkeiten Raum zu geben, etwa dem Vorschlag aus dem britischen Kolonialministerium, nach einem Territorium in Ostafrika (Uganda) für eine vorübergehende jüdische Ansiedlung zu suchen. Dies führte auf dem sechsten zionistischen Kongress 1903, Herzls letztem, zu heftigen Spannungen vor allem mit den Delegierten aus Russland. Nicht nur der Fraktion der „Kulturzionisten“ um Achad Ha’am, sondern auch der den politischen Zionismus in seinen übernationalen Organisationen nach Herzl dominierenden osteuropäisch-sozialistischen Richtung galt eine andere ter-

ritoriale Lösung denn in „Erez Israel“ als unmöglich. Hingegen pflegte die religiöse Orthodoxie ein sehr gespaltenes, im Prinzip ablehnendes Verhältnis zum Zionismus, da die Rückführung des Volkes Israel ins „Land der Väter“ dem erwarteten Messias vorbehalten bleiben müsse und nicht gotteslästerlich durch eine politische Bewegung geplant und ausgeführt werden dürfe.

Auch wenn unter Fortexistenz des Osmanischen Reichs unklar blieb, welche genaue Form und welchen Grad der Autonomie die zionistisch ersehnte „Heimstatt“ für das jüdische Volk in Palästina überhaupt würde annehmen können, etablierten sich doch bereits seit 1903 die ersten Einrichtungen der späteren „vorstaatlichen Gemeinschaft“, des *Jischuw* – gegen den Willen der osmanischen Verwaltung und unter ersten Konflikten mit der etwa 600.000 Personen umfassenden palästinensisch-arabischen Bevölkerung. Die zunächst von den jüdischen Siedlern verfolgte Strategie, Grund und Boden neben und abseits der arabischen Bevölkerung zu erwerben und sich weitgehend separiert zu halten, ließ sich bei wachsendem Zustrom und beginnender institutioneller Vernetzung immer weniger aufrecht erhalten.

3. DIE FOLGEN DES ERSTEN WELTKRIEGS

Die mit dem Ersten Weltkrieg im Heiligen Land entstehende Machtverschiebung änderte die Situation fundamental. Die britischen Eroberer, für deren Weltmacht der Besitz Palästinas von nicht zu unterschätzender strategischer Bedeutung war, agierten eigennützig-doppeltzünftig. Sie jonglierten mit und zwischen palästinensischen Arabern – die ihrerseits froh waren, von der „türkischen Fremdherrschaft“ befreit worden zu sein – und Zionisten. Die berühmte Erklärung des britischen Außenministers James Balfour an Lord Rothschild vom 2. November 1917 versicherte die Zionisten des Wohlwollens der britischen Regierung gegenüber der „Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk“ und versprach die „größten Anstrengungen [...] um die Erreichung dieses Ziels zu erleichtern“⁸. Bereits zuvor aber hatten die Briten – im Kalkül, die Araber im Kampf gegen das Osmanische Reich auf ihre Seite zu ziehen – diesen Ähnliches in Aussicht gestellt (MacMahon-Brief, Oktober 1915).



Arthur James Balfour, Jahr unbekannt

Faktisch mündete die britische Politik nach Interessenabstimmung mit der zweiten nahöstlich-nordafrikanischen Kolonialmacht, Frankreich (Sykes-Picot-Abkommen 1916), in eine Art kolonialen Anschluss Palästinas, der 1922 vom Völkerbund als „Mandat“ legitimiert wurde. Allerdings handelten die Briten nicht wie ein „treuhänderischer Vormund“, sondern eher wie verfassungsberechtigte Herren über die Region. 1921, noch vor dem Beginn des Mandats, überließen sie das Territorium östlich des Jordans (Transjordanien) einem Zweig der haschemitischen Dynastie des Scherifen Hussein, die zwar arabisch und muslimisch, aber alles andere als „palästinensisch“ war; sie stammte aus dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien. Großbritannien stand den Haschemiten gegenüber aus der Zeit seiner arabischen Zusicherungen im Kampf gegen das Osmanische Reich im Wort; es hätte die Familie territorial lieber in Syrien und im Libanon begünstigt, was sich aber gegen Frankreich als nicht durchsetzbar

erwies. Durch diese „erste Teilung“ Palästinas entstand das Emirat Transjordanien (seit 1946 Königreich Jordanien), das fast 80 Prozent des britischen Mandatsgebiets umfasste. Artikel 25 des Mandats gab den Briten für diese höchst eigenwillige Maßnahme noch nachträglich eine Art Blankoscheck.

4. DIE WIDERSPRÜCHLICHKEIT DER BRITISCHEN MANDATSHERRSCHAFT

Östlich des Jordans blieb den palästinensischen Arabern somit nichts anderes übrig, als sich in das Emirat Jordanien zu fügen, das sie genauso als Fremdherrschaft betrachteten wie seinerzeit diejenige der Osmanen. Zwischen Jordan und Küste standen sie in Konkurrenz zu den jüdischen Siedlern – unter dem Dach der britischen Mandatsverwaltung. Die Zusicherung der Balfour-Erklärung an die Zionisten ging in den Text des Völkerbundmandats vom Juli 1922 nicht nur ein, sondern bildete darin sogar die Hauptforderung für die Zukunft Palästinas, wobei das Ziel der „Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte“ noch keineswegs als Errichtung eines autonomen jüdischen Staates gelesen werden musste – und auch nicht gelesen wurde, wie Kolonialminister Churchill noch 1922 klarstellte. Trotzdem bedeutete der Mandatstext für den Zionismus einen Erfolg, bestätigte er doch die politische Legitimität der Bewegung, indem er die „historische Verknüpfung des jüdischen Volkes mit Palästina“ nahezu im Range eines völkerrechtlichen Aktes ebenso anerkannte wie die „Grundlagen für die Wiederrichtung seiner nationalen Heimstätte in diesem Lande.“⁹

Demgegenüber schnitten die Interessen der palästinensischen Araber deutlich schlechter ab. Ebenfalls – wie bereits in der Balfour-Erklärung – wurde festgehalten, dass die Gründung der jüdischen Heimstätte nicht „gegen die bürgerlichen und die religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina“¹⁰ erfolgen dürfe; jedoch war von einer der jüdischen Heimstätte komplementären Lösung für die Palästinenser nicht die Rede. Völkerbund und Mandatar akzeptierten die Zionistische Weltorganisation (WZO) als einen Ansprechpartner in völkerrechtlichem Rang. Um vor Ort zusammen mit dem Mandatar im Sinne der Errichtung der „jüdischen nationalen Heimstätte“ zu wirken, wurde als öffentliche Körperschaft die „Jewish Agency“ (JA) eingerichtet (Artikel 4). Mandatar und JA sollten gemeinsam die „jüdische Einwanderung“ nach Palästina erleichtern und eine „geschlossene Ansiedlung von Juden auf dem Lande“ fördern (Artikel 6).

Dieser Privilegierung der jüdischen Interessen durch Mandatar und Völkerbund korrespondierte die Frustration auf palästinensisch-arabischer Seite. Spannungen zwischen Arabern und Juden, aber auch zwischen Arabern und der Mandatsmacht waren bereits vor der eigentlichen Mandatserteilung ausgebrochen und begannen sich danach zu häufen; eine zum „Heiligen Krieg“ der Palästinenser gegen die Juden erklärte Eskalation forderte 1929 zahlreiche Todesopfer, nicht nur in Jerusalem. Dabei hätte schon Jahre früher, 1919, ein zwischen der WZO und dem haschemitischen Emir Faisal als Sprecher der Araber ausgehandeltes Abkommen den Weg zu einer Zweistaatlichkeit weisen können (Faisal-Weizmann-Abkommen); die Araber waren bereit, ein jüdisches Gemeinwesen in Palästina zu akzeptieren, „mit Hinsicht auf die Rassenverwandtschaft und Bindungen zwischen den Arabern und dem jüdischen Volk“¹¹ – und für den Preis der Gründung eines autonomen arabischen Großstaates auf der arabischen Halbinsel und in Syrien. Dafür waren aber die in der Region präsenten alliierten Sieger- und Kolonialmächte England und Frankreich nicht zu gewinnen.

In der Logik der Mandatskonstruktion musste für die Zionisten der Versuch liegen, den Weg zum jüdischen Staat nach Möglichkeit mit den Briten zu beschreiten, nicht gegen sie. Taktisch bedeutete dies, zunächst eine nicht auf unmittelbare Staatsgründung ausgelegte „Heimstättenpolitik“ zu betreiben und unterdessen die Institutionalisierung des *Jischuw* voranzubringen. Ein quasi-parlamentarischer Nationalrat, eine aus diesem hervorgehende Exekutive, sowie die durch WZO und Diasporaorganisationen beschickte JA wuchsen sich zu den von der britischen Mandatsmacht seit 1928 auch formal anerkannten Leitungsorganen der „Jewish Community in Palestine“ aus.

Unterdessen entwickelte sich die weitere jüdische Zuwanderung nach Palästina diskontinuierlich. Die Sammlungsidee der mittlerweile von der sozialistisch-osteuropäischen Strömung dominierten Bewegung war kein Selbstläufer. Zwischen 1919 und 1939 erreichten in drei Einwanderungswellen (*Alijot*, 1919–1923, 1924–1927 und 1930–1939) weitere 430.000 Juden das Heilige Land, mehr als die Hälfte davon (circa 250.000) aber erst nach dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Die Zuwanderung verfolgter Juden aus Deutschland oder den von NS-Deutschland angeschlossenen Gebieten erfolgte zunehmend illegal (*Alija Bet*). Denn je mehr die Flüchtlingsströme anschwellen, umso mehr riegelte die Mandatsmacht ab. Sie war seit 1936 bedrängt durch den sich zu einem (Bürger-)Krieg in der Region auswachsenden, gegen Juden und Briten gekehrten arabischen Aufstand. Zwar konnten die Palästinenser diesen Krieg nicht gewinnen, aber er führte dazu, dass die Mandatsmacht ab Mai 1939 jegliche weitere jüdische Einwanderung nach Palästina in einem sogenannten Weißbuch (*White Paper*) untersagte. Ruhe im Heiligen Land war geostrategisch für die Briten essenziell, zumal angesichts einer sich destabilisierenden internationalen Lage von der iberischen Halbinsel bis Abessinien und der zunehmenden nationalsozialistischen Aggression in Mitteleuropa.

Allerdings bekam die Mandatsmacht Großbritannien die Situation ordnungspolitisch nicht mehr in den Griff. Sowohl die Juden, die dem Mandatsträger vorwarfen, die Einwanderung zu unterlaufen, als auch die Araber fühlten sich von den Briten verraten. Erste Teilungspläne, wie derjenige der sogenannten Peel-Kommission von 1937, zielten darauf ab, pragmatische Lösungen zu finden, stießen aber bei jeder der Parteien auf Ablehnung. Der Wortführer der Palästinenser, Amin al-Husseini, der ohnehin mit dem Antisemitismus nationalsozialistischer Spielart sympathisierte, versuchte sogar, eine deutsche Stellungnahme gegen den Peel-Plan zu erreichen.

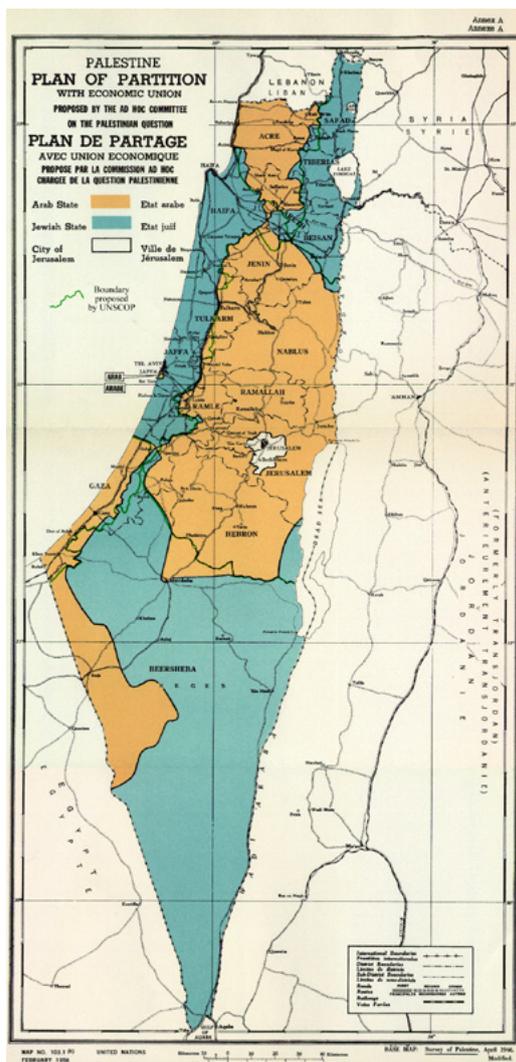
Der Weltkrieg führte zu dem paradoxen Ergebnis, dass die britische Armee die Existenz des *Jischuw* gegenüber der deutschen und italienischen Afrikastreitmacht rettete, dessen ungeachtet jedoch auf der restriktiven Einwanderungspolitik des Weißbuchs beharrte, so sehr auch die zionistischen Organisationen außerhalb Palästinas dagegen Sturm liefen und US-Präsident Harry S. Truman gegen Kriegsende bemüht war, die Briten davon zu überzeugen, ihre Politik zu ändern. Der millionenfache Judenmord in Europa und die mit ihm verbundene Frage der sogenannten Displaced Persons (DP) gaben dem Thema einer „jüdischen Heimstatt“ in Palästina eine wiederum neue und dramatische Wende. Allerdings wurde die Forderung, das Heilige Land für eine jüdische Masseneinwanderung zu öffnen, weniger von den Repräsentanten des *Jischuw* selbst, denn von den Diasporaorganisationen erhoben, so bereits auf der New Yorker Biltmore-Konferenz 1942, einer Art Ersatzkonferenz für die während des Weltkriegs

suspendierten Zionistenkongresse. Die späteren Staatsgründer in Palästina, David Ben Gurion nicht ausgenommen, nutzten zwar die *Shoah* gerne argumentativ, um die Notwendigkeit eines jüdischen Staates zu untermauern, hatten aber vor deren Opfern keinen hohen Respekt: Diese hätten sich bereits viel früher für den Zionismus entscheiden können, statt sich später einer Lämmerherde gleich zur Schlachtbank führen zu lassen. Der Mord an den europäischen Juden trieb die Gründung eines jüdischen Staates mit bitterer Plausibilität voran, er war aber nicht, wie oftmals zu lesen ist, die Ursache der Staatsgründung.¹²

Gegen die in der Einwanderungsfrage intransigent und zunehmend kopflos agierenden Briten ließ sich propagandistisch mit der „Flüchtlingswaffe“ arbeiten; eine andere, an „revisio-nistisch“-zionistischen Hardliner-Ideen sowohl gegenüber Arabern als auch Briten orientierte Gruppierung rief dagegen die Rebellion gegen die Mandatsmacht aus. Seit 1944 überzogen Menachem Begin und seine *Etzel*-Untergrund-Miliz das Land mit Terroranschlägen, was auch der linkszionistischen Führung des *Jischuw* erheblich zu weit ging. David Ben-Gurion, Führer der größten sozialistischen Partei im *Jischuw*, seit 1935 Vorsitzender der Jewish Agency, Vorsitzender der Exekutive der Zionistischen Weltorganisation und der interimistischen Exekutive im *Jischuw*, alles in allem die dominante politische Persönlichkeit des Zionismus in dieser Zeit, stand demgegenüber für eine pragmatisch-wendige Politik, die freilich das Ziel einer Staatsgründung zu keinem Zeitpunkt aus den Augen verlor und wenn es sein musste auch militärische Mittel dafür einzusetzen bereit war.

5. VOM JISCHUW ZUR STAATSGRÜNDUNG

Das Ende des Zweiten Weltkriegs begünstigte nicht die alten Kolonialmächte England und Frankreich, auch wenn diese zu den Siegermächten gegen die „Achse“ gehörten. Die neue Rolle der Vereinigten Staaten und die sich abzeichnende bipolare Ordnung stellte auch die nahöstliche Region in ein verändertes weltpolitisches Koordinatensystem. Der Kontrollverlust der Briten in Palästina wurde immer greifbarer; die USA, aber auch die Sowjetunion erschienen als Mächte mit neuem Ordnungsanspruch am Horizont. Dem korrespondierte die von den Ministerpräsidenten Churchill wie Attlee signalisierte wachsende Lustlosigkeit am Mandat und die Auffassung, die Vereinigten Staaten sollten sich stärker in der Region engagieren.



Im Juni 1945 erklärte das US State Department, die Siedlungsfragen in Palästina sollten nach dem Kriegsende durch die Vereinten Nationen behandelt und in voller Abstimmung sowohl mit den Arabern als auch mit den Juden gelöst werden. Eine aus amerikanischen und britischen Vertretern zusammengesetzte Kommission (Truman-Bevin-Kommission) versuchte Ende 1945 das Problem bilateral anzugehen. Der Forderung des US-Präsidenten, Palästina für eine Zuwanderung von 100.000 jüdischen DPs zu öffnen, konnte auch sie keinen Nachdruck verleihen, während die Sowjets verärgert waren über eine sich angeblich abzeichnende Sonderverstandigung der Briten und Amerikaner über Palästina. Die durch das polnische Kielce-Pogrom von Anfang Juli 1946 neuerlich ausgelöste jüdische Massenflucht aus Osteuropa, hauptsächlich in Richtung der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, unterstrich die Aktualität dieser Forderung. Wie die Zukunft für das Heilige Land aussehen könnte – ob Zwei-Staaten- oder „Commonwealth“-Konstruktion –, blieb weiterhin ungeklärt.

UN-Teilungsplan von 1947

Im April 1947 ließen die von der Gewalteskalation zwischen Juden, Arabern und Mandatsmacht überforderten Briten die Palästinafrage auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen (UN) setzen. Die Internationalisierung des Problems lag bereits seit längerem in der Luft, weshalb die JA präventiv schon im August 1946 einen Teilungsplan vorgelegt hatte, der einen winzigen Palästinenserstaat im Westjordanland und eine Neutralisierung Jerusalems vorsah. In der großen Palästina-Debatte der UN-Vollversammlung von Ende April bis Mitte Mai 1947 stach die Rede des sowjetischen Vertreters Andrej Gromyko hervor, der die Legitimität eines jüdischen Staatswesens, nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die *Shoah*, unterstrich und eine Teilung des Landes befürwortete, sollte sich die Konstruktion eines binationalen Staates nicht erreichen lassen. Die Stellungnahme eines Sowjetvertreters für den Zionismus war ungewöhnlich; freilich wollte Josef Stalin bei einer anstehenden internationalen Regulierung der Verhältnisse im Heiligen Land nicht beiseite stehen und das Terrain möglicherweise der westlichen Vormacht USA überlassen. Den dann am 29. November 1947 von der UN tatsächlich beschlossenen Teilungsplan (Resolution 181, II) bereitete eine Sonderkommission aus elf neutralen Staaten aufgrund umfangreicher Befragungen und Untersuchungen vor Ort vor; die Kommission sprach sich einstimmig für ein Ende des britischen Mandats und mit großer Mehrheit für die Teilung des Landes in zwei Staaten aus, die jedoch durch eine Wirtschaftsunion miteinander verklammert bleiben sollten.

Der UN-Teilungsplan wurde in der Vollversammlung mit 33 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und zehn Enthaltungen angenommen; Großbritannien enthielt sich. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion hatten bereits vor der Abstimmung signalisiert, dem Plan zuzustimmen, was dazu beitrug, weitere Stimmen zu gewinnen und die notwendige Zweidrittelmehrheit zu sichern. Der palästinensische Staat sollte das westliche Galiläa, das Westjordanland und den Gaza-Streifen umfassen (43 Prozent des Territoriums links des Jordans), der jüdische das östliche Galiläa, den Küstenstreifen zwischen Haifa und Tel Aviv sowie den Distrikt Beersheba (ohne die Stadt) und den Negev (56 Prozent), Jerusalem (ein Prozent) sollte als *Corpus separatum* unter Treuhandverwaltung der Vereinten Nationen gestellt werden. Das Bevölkerungsverhältnis im Heiligen Land lag inzwischen bei 2/3 (palästinensische Araber, circa 1,2 Millionen) zu 1/3 (Juden, circa 600.000). Das Ungleichgewicht im Verhältnis der Gebietszuschreibungen zur jeweiligen Bevölkerungsgröße relativiert sich durch den Umstand, dass das dem jüdischen Staat zugeschriebene Territorium zu zwei Dritteln Wüstengebiete umfasste.

Ob der Teilungsplan in der Situation von 1947 eine reale Chance hatte, ist eine viel diskutierte Frage. Völkerrechtlich hätte die UN-Resolution eine Grundlage für eine Zweistaatenlösung im Heiligen Land sein können, wengleich nicht außer Acht gelassen werden darf, dass auch sie das Resultat von Fremd-, nicht Selbstbestimmung gewesen wäre. Während die *Jewish Agency* unter ihrem Vorsitzenden Ben-Gurion den Plan akzeptierte und sogleich alle Zeichen auf Staatsgründung stellte, wies ihn die Vertretung der palästinensischen Araber, unterstützt von der Arabischen Liga, zurück. Unmittelbar nach der UN-Abstimmung griff die arabische Seite zu den Waffen. Die Palästinenser verloren diesen Bürgerkrieg, der nach der Staatsgründung Israels in den (ersten) israelisch-arabischen, oder aus israelischer Perspektive, Unabhängigkeitskrieg, überging, doppelt: gegen die – mit sowjetischen Waffen ausgestattete – seit langem im Untergrund aufgebaute jüdisch-israelische Armee und gegen die „arabischen Brüder“ aus Transjordanien. Von den Palästinensern zu Hilfe gerufen, führten diese alsbald einen Feldzug auf eigene Rechnung und annektierten das – im UN-Plan für den Palästinenserstaat vorgesehene – Westjordanland sowie Ost-Jerusalem, um das aus dem Emirat Transjordanien

hervorgegangene „Königreich Jordanien“ zu arrondieren. An der Mittelmeerküste stieß Ägypten in den Gaza-Streifen vor, den es aber (wenigstens) nicht annektierte, sondern nur „verwaltete“.



David Ben Gurion beim
22. Zionistenkongress, 1946

David Ben-Gurion proklamierte aus der militärischen Überlegenheitsposition heraus am 14. Mai 1948, einen Tag, bevor das britische Mandat gemäß UN-Beschluss offiziell endete, den Staat Israel – nicht ohne gleichzeitig „allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern“ die „Hand zum Frieden“ zu bieten. Zwar mobilisierten am Tag darauf sechs arabische Staaten gegen den neuen jüdischen Staat, jedoch kaum für einen palästinensischen. Der weitaus größte Teil der Palästinenser auf dem vom UN-Teilungsplan dem jüdischen Teilstaat zugesprochenen Gebiet – insgesamt circa. 600.000 – floh entweder bereits in den ersten Wochen des Bürgerkriegs (ein Drittel) oder wurde im Vorfeld der Staatsgründung und unmittelbar danach von Israel unter Druck gesetzt, das Land zu verlassen (ein Drittel), und zuletzt aktiv vertrieben (ein Drittel). Viele gingen in der Hoffnung, nach dem erwartbar bevorstehenden Sieg der vereinigten arabischen Armeen über den neuen Staat – und dessen folgerichtiger Vernichtung – zurückzukehren. Doch diese Hoffnung blieb ebenso unerfüllt wie diejenige auf Einrichtung eines palästinensischen Staates mithilfe der arabischen Streitkräfte, zu der es auch nach den Waffenstillständen des Jahres 1949 nicht kam, die den Unabhängigkeitskrieg beendeten. In Israel lebten zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung etwa 650.000 Juden und nur noch etwa 150.000 Palästinenser. Die größte Einwanderungswelle nach Israel begann nach der Staatsgründung und dem definitiven Wegfall der früheren Restriktionen: Bis 1954 immigrierten weitere 740.000 Juden nach Israel.

Die Vertreibung der Palästinenser wird noch heute als massive Gründungshypothek Israels betrachtet und diskutiert.¹³ Freilich kämpfte Israel um seine Existenz; lange Zeit rechnete kaum jemand damit, dass es sich in dem Krieg würde behaupten können. Andererseits signalisierte auch der zweite faktische Kriegsgewinner, Jordanien, unter der Hand in Richtung Israel, an einem Palästinenserstaat gar kein Interesse zu haben.

FAZIT UND AUSBLICK

Der israelisch-palästinensisch-arabische Konflikt wurde aus der Unversöhnlichkeit absoluter Anspruchshaltungen geboren, und es scheint heute fast mehr denn je, als pflanze er sich in wachsender Unversöhnlichkeit fort. Freilich waren nicht alle auf allen Seiten immer unversöhnlich: Die Friedensabkommen des Jahres 1994, das Oslo-II-Abkommen von 1995 über die palästinensische Autonomie im Westjordanland und im Gaza-Streifen, jene Höhepunkte der Rabin-Peres-Jahre Mitte der 1990er, hätten nach jahrzehntelanger Konfrontation mit den Eskalationen der beiden großen Nahost-Kriege von 1967 und 1973 den Weg zum Frieden – und zu einem palästinensischen Staat – bahnen können. Aber der Terror von Fanatikern auf beiden Seiten, jüdisch-nationalreligiöser ebenso wie islamistisch-fundamentalistischer, wusste dies wieder und wieder zu verhindern. Die Extremisten dominieren den Diskurs; der Überfall der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 trieb in deren Logik die Eskalationsspirale auf eine neue Stufe.



US-Präsident Bill Clinton vor der Unterzeichnung von Oslo II am 28. September 1995. V. l. n. r.: König Hussein von Jordanien; der israelische Premierminister Yitzhak Rabin; Bill Clinton; Jassir Arafat, Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), und der ägyptische Präsident Hosni Mubarak

Der Blick auf die Geschichte Palästinas, des „Heiligen Landes“ lehrt, dass auch vermeintlich historisch begründete Ansprüche chimärische Ansprüche sind, aus denen nur Schein-Legitimationen fließen können. Geschichte ist nichts als der beständige Wandel, ihr Sinn geben zu wollen, ist verständlich, aber ideologisch. Wie historische, so lassen sich auch religiöse und ethnische Argumente oder das „erst“ dem 19. Jahrhundert entstammende nationale Paradigma vorbringen, um „Rechte“ unterschiedlicher Gruppen auf das „Heilige Land“ anzumelden oder

anderen ein „Recht“ zu bestreiten. Dies allesamt wird aber nicht dazu führen, den Konflikt je zu lösen. Ein Weg dorthin kann nur durch gegenseitige Anerkennung von Rechten führen, was kein ideologischer, sondern ein Akt der Vernunft wäre. Denn das Vergangene ist geschehen und nicht revidierbar.

Zu verstehen und zu akzeptieren wäre auf der einen Seite, dass der Zionismus kein kolonial-hegemonialer Suppressionsakt war, sondern die dem Zeitalter der Nationalstaaten entsprechende Konsequenz aus der jahrhundertelangen Unterdrückung und Verfolgung der Juden in der europäischen Diaspora. Die jüdische Gegenseite hätte ihrerseits die in den Anfängen sicherlich nicht absehbare Dramatik der zionistischen Lösung der europäischen „Judenfrage“ für die nahöstliche Region samt ihrer eigenen Gewaltgeschichte offen zu adressieren. Zu den Dilemmata des politisch handelnden Menschen gehört, wie Hannah Arendt beschrieben hat, die Unabsehbarkeit der Folgen des Handelns.¹⁴ Der Versuch, die Tragödie des Antisemitismus durch jüdische „Autoemanzipation“ zu beenden, führte in eine neue Tragödie. Wie es, Hannah Arendt zufolge, die Aufgabe von Politik ist, die nicht voraussehbaren Konsequenzen des Handelns durch die Freiheit zur Vernunft einzufangen und neue Anfänge zu setzen, bestünde auch die politische Aufgabe für Israel/Palästina darin, die eine Tragödie eingedenk der anderen zu beenden und den Neuanfang zu wagen.

-
- 1 Gen 15,18.
 - 2 Darauf nimmt Num 34,2 Bezug: „Wenn ihr in das Land [Kanaan] kommt, dann soll das Gebiet sein, das euch als Erb-
besitz zufällt: das Land Kanaan in seiner ganzen Ausdehnung.“
 - 3 Vgl. Alexander Achilles Fischer: Art. „David“, in: <https://bibelwissenschaft.de/stichwort/16233/> (Version 2019; letzter
Zugriff: 11. März 2024).
 - 4 Vgl. Martin Nitsche: Art. „Salomo“, in: <https://bibelwissenschaft.de/stichwort/25919/> (Version 2019; letzter Zugriff:
11. März 2024).
 - 5 Vgl. Thomas Wagner: Art. „Exil/Exilszeit“, in: <https://bibelwissenschaft.de/stichwort/18001/> (Version 2021; letzter
Zugriff: 11. März 2024).
 - 6 Vgl. Michael Zank: Art. „Zion“, in: Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur; in: [http://dx.doi.org/10.1163/2468-
2845_ejgk_COM_01144](http://dx.doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_01144) (Version 2016; letzter Zugriff: 11. März 2024).
 - 7 Jehuda Halevi: Zweiundneunzig Hymnen und Gedichte. Deutsch. Mit einem Nachwort und mit Anmerkungen von
Franz Rosenzweig. Der sechzig Hymnen und Gedichte zweite Ausgabe, Berlin 1926.
 - 8 Balfour-Deklaration (1917), in: Angelika Timm (Hg.): 100 Dokumente aus 100 Jahren. Teilungspläne, Regelungs-
optionen und Friedensinitiativen im israelisch-palästinensischen Konflikt (1917–2017), Berlin 2017, S. 23.
 - 9 Britisches Mandat über Palästina (1922), in: Ebd., S. 31–38, Zit. S. 31 [Hervorhebung ThB].
 - 10 Ebd., S. 31.
 - 11 Faisal-Weizmann-Abkommen (1919), in: Ebd., S. 25–27, Zit. S. 25.
 - 12 Dazu ausführlicher Thomas Brechenmacher: 70 Jahre Israel. Die Shoah als Faktor der Staatsgründung?, in: Histo-
risch-Politische Mitteilungen 26 (2019), S. 5–15.
 - 13 Vgl. Dan Diner: Genesis und Geltung. Das Drama der Gründung. Von Anbeginn liegt der Schatten der jüdischen
Landnahme und der Vertreibung der Palästinenser auf dem Staat Israel, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*,
22. Januar 2024.
 - 14 Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, 20. Auflage, München 2019, zum Beispiel S. 239 und 241.

LITERATUR

- A Asseburg, Muriel; Busse, Jan:** Der Nahostkonflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven, 7. Auflage, München 2024.
- D Diner, Dan:** Ein anderer Krieg. Das jüdische Palästina und der Zweite Weltkrieg, München 2021.
- G Gelvin, James:** The Israel-Palestine Conflict. One Hundred Years of War, Cambridge 2005.
- L Lapidot, Ruth/ Hirsch, Moshe (Hg.):** The Arab-Israel Conflict and its Resolution. Selected Documents, Dordrecht 1992.
- M Morris, Benny:** Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict 1881–2001, New York 2001.
- Morris, Benny:** 1948. Der erste arabisch-israelische Krieg, Berlin 2023.
- R Rubinstein, Amnon:** Geschichte des Zionismus. Von Theodor Herzl bis heute, München 2001.
- S Schipper, Bernd Ulrich:** Geschichte Israels in der Antike, München 2018.
- Shindler, Colin:** A History of Modern Israel, Cambridge 2008.
- Segev, Tom:** David Ben Gurion. Ein Staat um jeden Preis, München 2018.
- Segev, Tom:** Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, 9. Auflage, München 2005.
- Shapira, Anita:** Israel. A History, Brandeis University Press 2012.
- T Timm, Angelika:** Israel. Gesellschaft im Wandel, Opladen 2003.
- Timm, Angelika (Hg.):** Friedensinitiativen für Israel und Palästina 1917–2017. 100 Dokumente aus 100 Jahren, Berlin 2017.
- W Wolffsohn, Michael:** Die ungeliebten Juden. Israel – Legenden und Geschichte, München/ Zürich 1998.
- Ders.:** Wem gehört das Heilige Land? Die Wurzeln des Streits zwischen Juden und Arabern, 20. Auflage, München/Zürich 2023.
- Ders./Tobias Grill:** Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 8. Auflage, Opladen/ Berlin/Toronto 2016.
- Z Zadoff, Noam:** Geschichte Israels. Von der Staatsgründung bis zur Gegenwart, München 2020.

Impressum

Der Autor

Thomas Brechenmacher ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam. Neben der deutsch-jüdischen und europäisch-jüdischen Geschichte der Neuzeit zählen die kirchliche Zeitgeschichte und die Verflechtungsgeschichte der Bundesrepublik und der DDR zu seinen Forschungsschwerpunkten

Ansprechpartner

Prof. Dr. Matthias Oppermann
Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
T +49 30 / 26 996-3812
matthias.oppermann@kas.de

Dr. Kathrin Zehender
Referentin Zeitgeschichte
T +49 30 / 26 996-3717
kathrin.zehender@kas.de

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Bildnachweise:

Titelfoto: © picture-alliance/dpa | Shershel_Frank

Proklamation der Unabhängigkeit des Staates Israel durch Ministerpräsident David Ben-Gurion am 14. Mai 1948 im Stadtmuseum von Tel Aviv. An der Wand ist ein Portrait von Theodor Herzl zu sehen.

S. 5: © Wikimedia Commons, gemeinfrei; S. 8: © picture alliance/Photo12/Ann Ronan Picture Librar; S. 9: © picture alliance/World History Archive; S. 13: © Zero0000A/RES/181(II), UN Palestine Partition Versions 1947, CC BY-SA 3.0; S. 15: © picture alliance/ullstein bild | RDB; S. 16: © picture alliance/Arnie Sachs - CNP/MediaPunch | Arnie Sachs

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Satz: Franziska Faehnrich, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-232-5